

Allgemeines Verwaltungsrecht

Prof. Dr. Felix Uhlmann

Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Rechtsetzungslehre



Universität Zürich

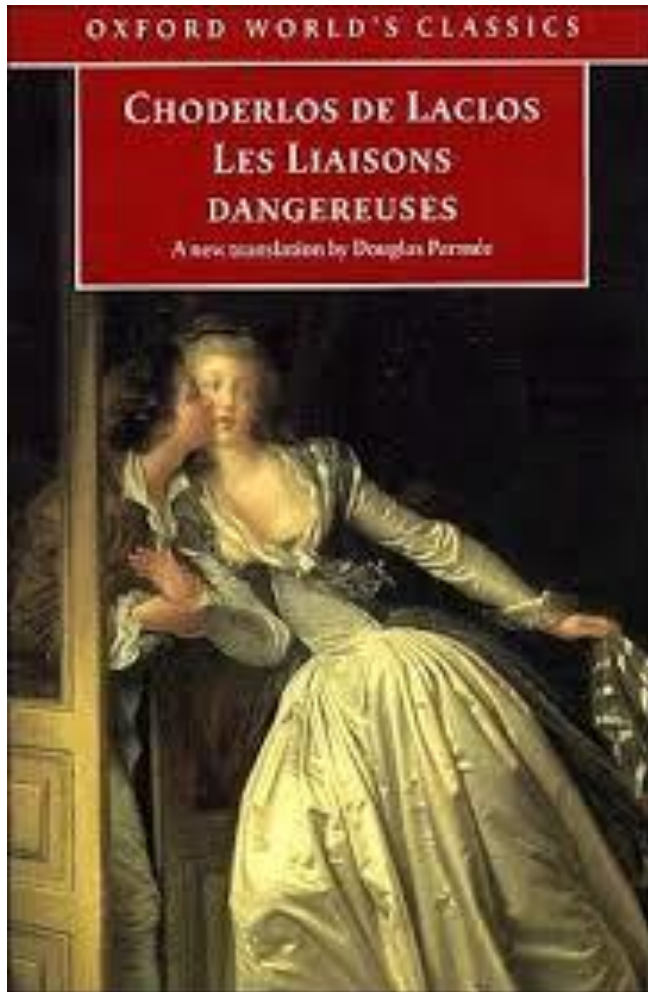
AVR – VL10

HS 2024

Verwaltungsrechtlicher Vertrag

§ 18





Begriff

Der verwaltungsrechtliche Vertrag ist die auf übereinstimmenden Willenserklärungen von zwei oder mehreren Rechtssubjekten beruhende Vereinbarung, welche die Regelung einer konkreten verwaltungsrechtlichen Rechtsbeziehung, vor allem im Zusammenhang mit der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe, zum Gegenstand hat.

Es wird unterschieden zwischen koordinations- und subordinationsrechtlichen Verträgen (Verträge zwischen öffentlich-rechtlichen Organisationen und mit Privaten).

Voraussetzungen

1. Gesetz muss "Raum lassen" oder Vertrag zumindest nicht ausschliessen.
Keine "prédétermination légale" (Moor).
2. Sachliche Gründe (Ermessenskonkretisierung unter Mitwirkung der Privaten, hohe gegenseitige Bindung angezeigt etc.)
3. Übereinstimmende Willenserklärung
4. Formelle Voraussetzungen (Schriftform?)
5. Gewährleistung Rechtsgleichheit

"Gesetzliche Grundlage"
"Öffentliches Interesse"
"Verhältnismässigkeit"

Auslegung

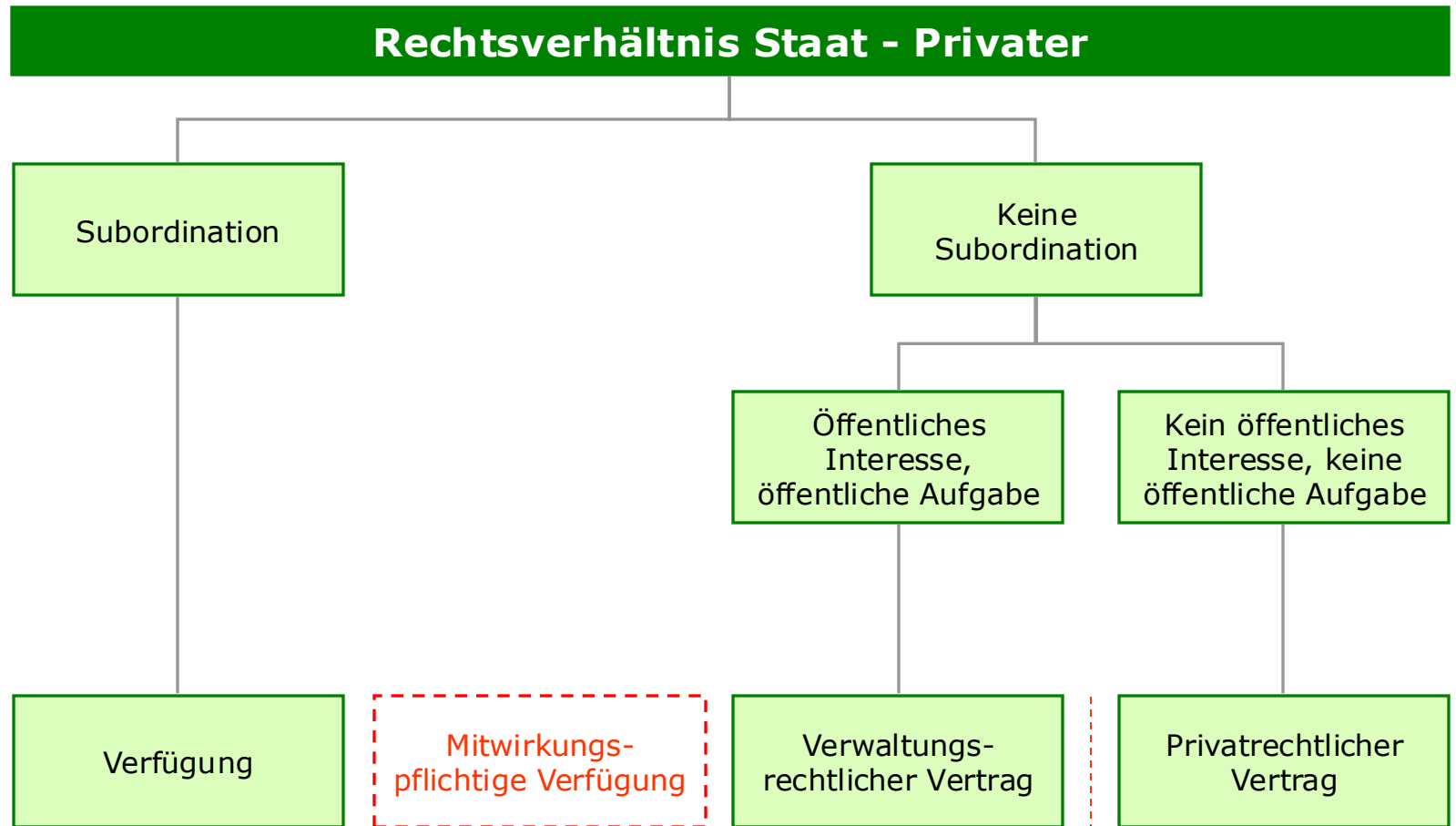
- Vertrauensprinzip, mit Präzisierung

Beispiele

- Enteignungsvertrag, Pflichtlagervertrag, Vergleichsverträge, Konzessionsverträge etc.

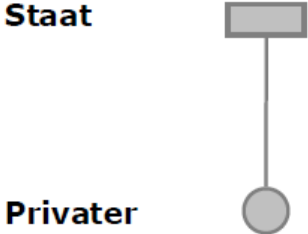

Erwägungen (BGE 136 II 415)

"Das Legalitätsprinzip erfordert, dass der verwaltungsrechtliche Vertrag zwei Voraussetzungen erfüllt. Zunächst muss eine kompetenzgemäss erlassene Rechtsnorm den Vertrag vorsehen, dafür Raum lassen oder ihn jedenfalls nicht ausdrücklich ausschliessen. Weiter muss der Vertrag nach Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung, die er im Einzelfall konkretisiert, die geeignetere Handlungsform sein als die Verfügung. Der Vertragsinhalt darf nicht gegen eine gültige Rechtsnorm verstossen und muss auf einem generell-abstrakten, genügend bestimmten Rechtssatz beruhen, der in Form eines Gesetzes erlassen worden sein muss, wenn es sich um eine wichtige Regelung handelt. Die Anforderungen an die Bestimmtheit des Rechtssatzes sind geringer als bei Verfügungen, sofern das Bedürfnis nach Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit wegen der Zustimmung zur Ausgestaltung des Rechtsverhältnisses durch die Privaten als geringfügig erscheint. Auch die Grundlage im Gesetz kann bei Verträgen im Allgemeinen schmäler sein als bei Verfügungen, weil staatliche Eingriffe in die Rechte der Privaten weniger intensiv und damit weniger wichtig sind, wenn die Betroffenen ihnen zustimmen [...]."



Verfügung – Verwaltungsrechtlicher Vertrag – Privatrechtlicher Vertrag

§ 18

	Öffentliches Recht	Privatrecht
Subordinations- theorie		
Interessenstheorie	<ul style="list-style-type: none">• Wahrnehmung vorwiegend öffentlicher Interessen	<ul style="list-style-type: none">• Wahrnehmung vorwiegend privater Interessen
Funktionstheorie	<ul style="list-style-type: none">• Erfüllung öffentlicher Aufgaben	<ul style="list-style-type: none">• Keine Erfüllung öffentlicher Aufgaben
Modale Theorie	<ul style="list-style-type: none">• Öffentlich-rechtliche Sanktion	<ul style="list-style-type: none">• Privat-rechtliche Sanktion

Relevanz

Abgrenzung

- Abgrenzung aufgrund gesetzlicher Regelung (z.B. Personalrecht)
- Effektive Gleichordnung der Parteien beim verwaltungsrechtlichen Vertrag (keine Subordination)
- Grösserer Gestaltungsspielraum beim verwaltungsrechtlichen Vertrag
- Grössere Rechtsbeständigkeit des verwaltungsrechtlichen Vertrages
- Parteiwille
- Praktikabilität des Rechtsschutzes
- Parteibezeichnung

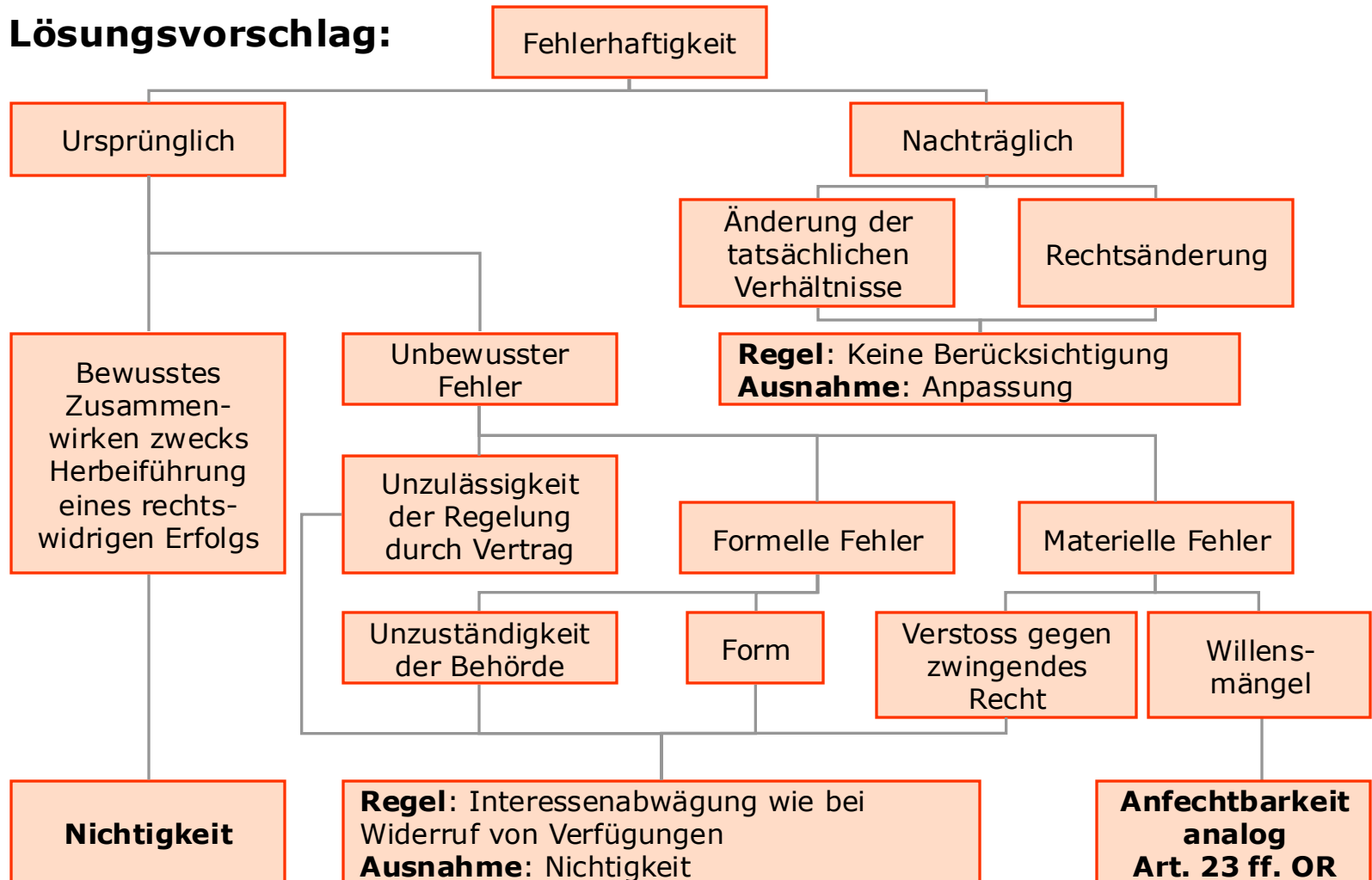
Fehlerhafter verwaltungsrechtlicher Vertrag § 18

Grundproblem: Privatrechtliche oder verwaltungsrechtliche Lösungsansätze?

- Welche ursprünglichen Fehler sind relevant? (→ Problem: Ziel hoher Beständigkeit bei oft unsicherer Rechtsgrundlage, Bedeutung von Art. 20 OR?)
- Wie ist die "nachträgliche" Fehlerhaftigkeit des Vertrages zu beurteilen? (→ Problem: Hohe Beständigkeit bei oft langer Zeitdauer, Anwendung clausula rebus sic stantibus?)
- Wie sind Willensmängel beim Vertragsschluss zu behandeln? (→ Problem: Anwendung von Art. 23 ff. OR analog? Gleiche Anwendung für Private und für Gemeinwesen?)
- Ist die Interessenabwägung Gesetzmässigkeit – Schutz des Vertrauens (im Vertrag) gleich zu behandeln wie beim Widerruf einer Verfügung? Wie ist das Vertrauen des Gemeinwesens zu gewichten? (→ Problem: Erhöhtes Vertrauen, Vertrauen des Gemeinwesens)
- In welchem Verfahren wird die Fehlerhaftigkeit des Vertrages festgestellt? (→ Problem: Gleichberechtigte Partner, aber oft fehlende Regelung in Prozessgesetzen)

Fehlerhafter verwaltungsrechtlicher Vertrag § 18

Lösungsvorschlag:



Verwaltungsrechtlicher Vertrag

Mischformen

Das Thema dieser Vorlesung war der verwaltungsrechtliche Vertrag. Dabei haben wir uns die Abgrenzung zwischen dem verwaltungsrechtlichen Vertrag und der Verfügung angesehen. Mir stellt sich nun die Frage, ob es Rechtsbeziehungen gibt zwischen der Verwaltung und Privaten, die sowohl Elemente der Verfügung sowie Elemente des verwaltungsrechtlichen Vertrages beinhalten und somit eine Mischform darstellen oder muss die Rechtsbeziehung immer einer der zwei Formen zugeteilt werden? Und wie würde sich der Rechtsschutz einer solchen Mischform ausgestalten, falls es solche gemischten Formen gibt?

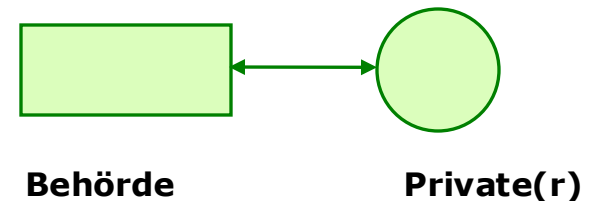
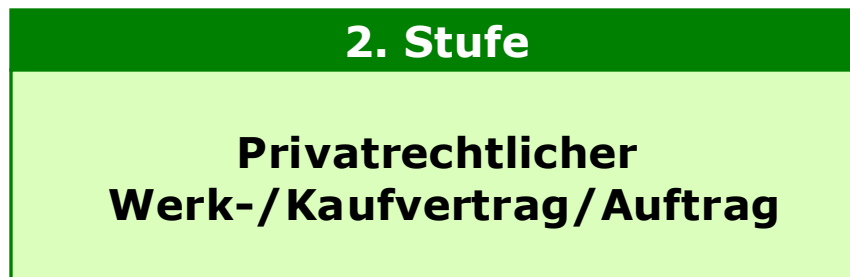
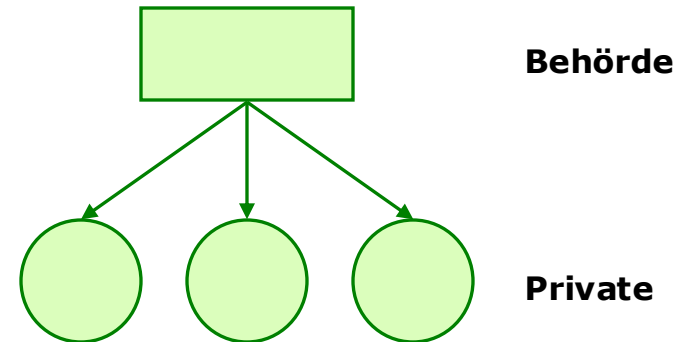
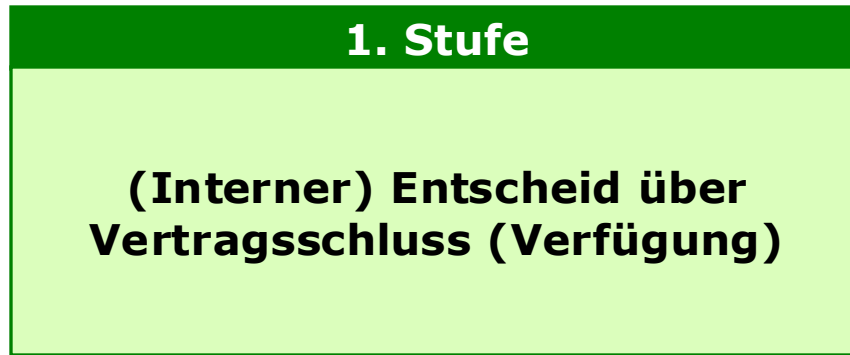
Ja. Beispiele erfolgen bei der Behandlung der Konzessionen (§ 41)

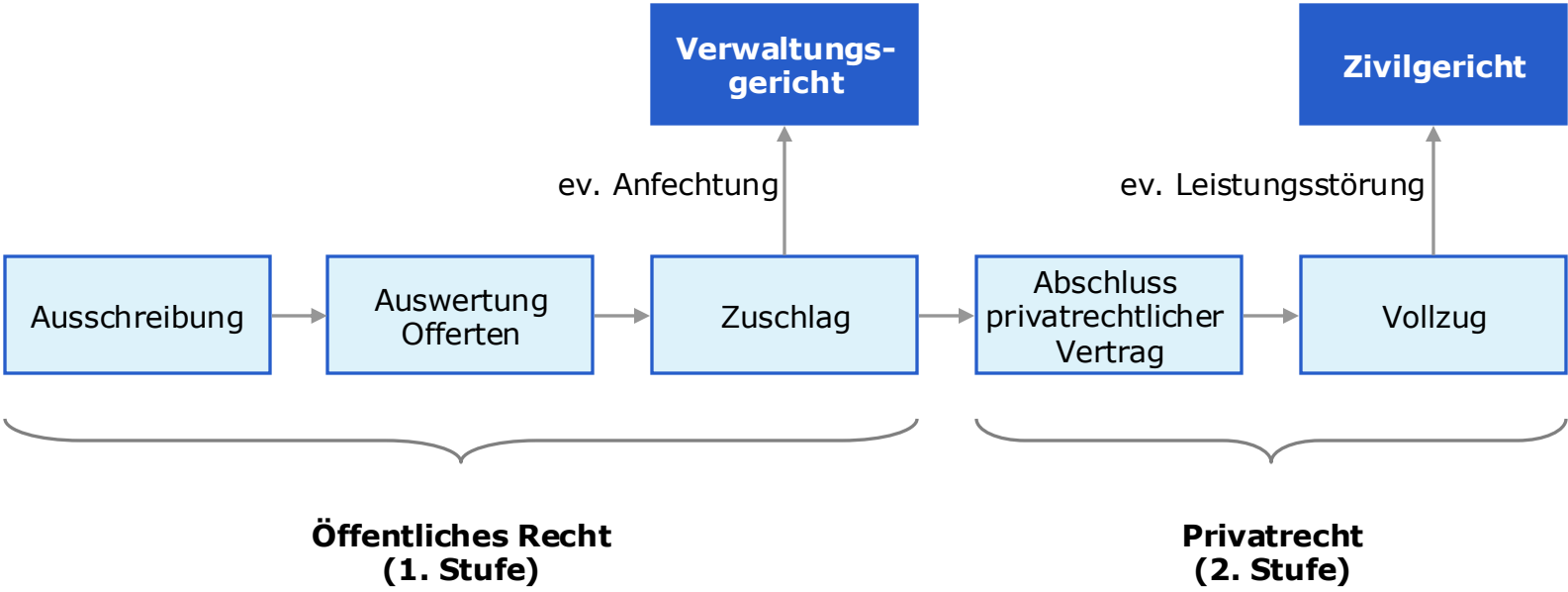


Zusammenhänge zwischen Verwaltungstätigkeit und Privatrecht

§ 19







**Bundesgesetz
über das öffentliche Beschaffungswesen
(BöB)**

172.056.1

vom 21. Juni 2019 (Stand am 1. Januar 2024)



7 Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB)

Wie qualifizieren Sie folgende Rechtsverhältnisse?

1. Unterstützung des Bundes für den Export von Schlachtvieh (→ Subvention)
2. Im Rahmen von arbeitsmarktlichen Massnahmen kam der Kanton St. Gallen mit A. überein, dass dieser eine Computer-Infrastruktur (Übungsfirma) für 10-12 arbeitslose Personen verwirkliche, wobei eine Vergütung pro Tag und Kursteilnehmer vereinbart wurde (BGE 128 III 250 ff.).
3. Die Oberstaatsanwalt Zürich schliesst mit der Sterbehilfeorganisation "Exit" eine Vereinbarung über die Voraussetzungen der Freitodbegleitung ab (BGE 136 II 415 ff.).
4. Vermietung eines Gemeindesaals an einen privaten Verein für einen Vortrag (vgl. BGer, Urteil 1C_312/2010 vom 8. Dezember 2010)

Abgrenzungen

Personalrecht

Mir ist nicht ganz klar geworden, wie man die Abgrenzung zwischen Anstellungsverfügung und ein "normalen" Vertrag macht (da beide die Zustimmung von den Parteien benötigt).

Gesetzeslektüre

Bundespersonalgesetz (BPG)

172.220.1

vom 24. März 2000 (Stand am 1. Januar 2021)

Art. 8 Entstehung und Anstellungsbedingungen



¹ Das Arbeitsverhältnis entsteht durch den Abschluss eines schriftlichen öffentlich-rechtlichen Arbeitsvertrags.³⁸